

Grosser Gemeinderat

Worb, 7. Februar 2020

393. Sitzungsprotokoll

Termin	Montag, 3. Februar 2020, 19:30 Uhr
Sitzungsende	20:35 Uhr
Ort	Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal
Leitung	Büchel-Wampfler Sandra (SP), Präsidentin
1. Vizepräsident	Fivian Bruno (SVP)
2. Vizepräsident	Suter Michael (FDP)
1. Stimmzähler	Zwyer Lukas (BDP)
2. Stimmzähler	Federer Guido (SP)
Mitglieder	Hofer Thomas (BDP)
	Cetin Mayk (EVP)
	Moser-Utiger Silvia (EVP)
	Müller Bernhard (EVP)
	Stöckli Rolf (EVP)
	Zwahlen-Leibundgut Beatrix (EVP)
	Christensen Sven (FDP)
	Hager Rolf (FDP)
	Marchand Andy (FDP)
	Rothenbühler Marc (FDP)
	Schweizer Hans Peter (FDP)
	Stucki Daniel (FDP)
	Jorio Marco (GLP)
	Jost-Pfister Catarina (GLP)
	Aebersold Daniel (SVP)
	Fiechter Niklaus (SVP)
	Howald Lichtenberger Heidi (SVP)
	Kohli Stephan (SVP)
	Steinmann Hans Ulrich (SVP)
	Stucki Simon (SVP)
	Waber Karin (SVP)
	Zingg Stephan (SVP)
	Bircher Andreas (SP)
	Cavargna Tiziano (SP)
	Flentje Burkhard Sibylle (Grüne)
	Goetschi Thomas (SP)
	Heil Günter (Grüne)
	Hodler Adrian (SP)
	Marthaler Matthias (SP)
	Von Arx Roland (Grüne)
	Wenger Claude (Grüne)
	Zimmermann Noemi (SP)

Abwesend	Lanfranconi Elena (FDP) Santschi Jürg (BDP)
Gemeinderat	Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident Gerber Urs (Ab 20.00 Uhr; Geschäft Nr. 7) Hauser Adrian Kölliker Lenka Lädrach Markus Moser Christoph Wermuth Bruno
Abteilungsleitende	Reusser Christian, Gemeindeschreiber Thöni Urs, Leiter der Bauabteilung
Sekretariat	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter
Protokoll	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Geschäfte

1. 10/31 Fraktionen
Fraktionszusammensetzungen 2020
2. 12/0/0 Parlament
Mitteilungen
3. 12/0/0 Parlament
Protokoll der Sitzung vom 9. Dezember 2019: Genehmigung
4. 10/1/2 Geschäftsprüfungskommission
Geschäftsprüfungskommission: Ersatzwahl
5. 10/1/2 Geschäftsprüfungskommission
Geschäftsprüfungskommission; Wahl von Präsident/in für das Jahr 2020
6. 13/10 Verwaltungsorganisation
„Effizienter Einsatz von Personalressourcen; Investitionsstau – und kein Ende“,
Postulat der FDP- und BDP/GLP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
7. 32/2/10 Schulanlage Zentrum Worb (Parzelle 33)
„Standort Tagesschule und Freiräume in Worb gesamtheitlich planen“, über-
parteiliche Motion der SP+Grüne- und FDP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage
der Erheblicherklärung
8. 35/60 Umweltschutz
„Worb als Energiestadt ruft den Klimanotstand aus“, Motion der SP+Grüne-
Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
9. 12/0/0 Parlament
Parlamentarische Vorstösse: Neueingänge

Eröffnung

Ratspräsidentin Büchel-Wampfler Sandra: „Man kann den Wind nicht ändern, aber die Segel anders setzen.“
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, ich begrüße euch herzlich zu meiner ersten Sitzung als Ratspräsidentin und zur ersten Sitzung des Grossen Gemeinderates vom Jahr 2020. Da mich die meisten bereits kennen, möchte ich euch nicht mit den Angaben zu meiner Person langweilen, sondern ich lege euch meine Haltung und meine Erwartungen als Ratspräsidentin dar. „Die Stimme von Worb“, oder Bruno? Diese bin ich zwar tatsächlich nicht, aber ich bin, wie ihr alle hier, eine Stimme von Worb. Wir alle sind von unseren Wählerinnen und Wählern gewählt worden, weil diese davon überzeugt sind, dass wir ihre politische Meinung und Haltung im Parlament am besten vertreten würden. In der Demokratie übt theoretisch das Volk die höchste rechtssetzende Gewalt im Staat aus. Aus praktischen Gründen überträgt es jedoch seine Befugnisse ganz oder teilweise der Volksvertretung, namentlich dem Parlament. Die Legislative, also das Parlament, ist die gesetzgebende Behörde. Sie erstellt, berät und erlässt Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse. Sie beschliesst über Einnahmen und Ausgaben, genehmigt auf Vorschlag von der Executive Rechnung und Budget und hat die Oberaufsicht über die Executive und die Verwaltung. Genau darum ist es unser Job, die Vorlagen und die Geschäfte kritisch zu hinterfragen und Unklarheiten vor einem Beschluss zu klären. Konter und Nachfrage von Seite der Legislative sind nie als Angriff auf die Executive zu werten, sondern es ist einfach die offizielle Art und Weise, wie Gewaltentrennung funktioniert. Die Executive ist die ausführende Behörde. Der ausführenden Behörde steht die Verwaltung zur Seite und in der Demokratie vollzieht die Executive die Beschlüsse vom Volk und vom Parlament. Sie sorgt zudem für Ordnung und Sicherheit. Sie verwaltet die Finanzen, stellt das Budget auf und legt Rechenschaft über die Gemeinderechnung ab. Als Ratspräsidentin von Worb wünsche ich mir: Dass sich Legislative und Executive in ihrer Funktion gegenseitig achten und respektieren. Dass sich die Mitglieder von allen Gremien bewusst sind, dass sie als Volksvertreter hier gewählt wurden und auch als diese hier sitzen. Dass Voten sach- und nicht personenbezogen sind und auch mit diesem Fokus aufzunehmen sind. Dass debattiert werden soll und darf, aber dabei die Emotionen im Griff gehalten werden sollten und auf jeden Fall, egal wie hässig oder trotzig man ist, Anstand und Respekt zu wahren sind. In dem Sinne freue ich mich auf ein spannendes und lebendiges Politjahr.

Wahl 1. Stimmzähler

Beschluss:

Da sich Jürg Santschi, BDP für die Sitzung entschuldigt hat, wird Lukas Zwyer, BDP als Ersatzstimmzähler für die Sitzung gewählt.

Traktandenliste

Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt unbestritten.

Verhandlungen

Fraktionszusammensetzungen 2020

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 393	03.02.2020	1	2017/21-235	22444	10/31

Ratspräsidentin Büchel-Wampfler Sandra gibt die Konstituierungen der Fraktionen des Grossen Gemeinderates für das Jahr 2020 bekannt:

glp/BDP Worb

Präsident/in: Catarina Jost-Pfister
 Vizepräsident/in: Lukas Zwyer
 Sekretär/in: Marco Jorio

Evangelische Volkspartei Worb

Präsident/in: Bernhard Müller
 Vizepräsident/in: Beatrix Zwahlen-Leibundgut
 Sekretär/in: Silvia Moser-Utiger

FDP – liberale Fraktion Worb

Präsident/in: Micheal Suter
 Vizepräsident/in: Hans-Peter Schweizer
 Sekretär/in: Elena Lanfranconi

Schweizerische Volkspartei Worb

Präsident/in: Daniel Aebersold
 Vizepräsident/in: Hans Ulrich Steinmann
 Sekretär/in: Stephan Zingg

SP+Grüne Worb

Präsident/in: Guido Federer
 Vizepräsident/in: Sibylle Flentje Burkhard
 Sekretär/in: Claude Wenger

Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 393	03.02.2020	2	2017/21-236	143	12/0/0

Ratspräsidentin Büchel-Wampfler Sandra: Ich verweise auf den Art. 7 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates. Dort steht nämlich: Die Mitglieder des GGR sind verpflichtet, den Sitzungen beizuwohnen. Im Verhinderungsfall haben sie sich rechtzeitig zuhause der Präsidentin oder des Präsidenten abmelden zu lassen. Dies sage ich, weil wir relativ viele neu Mitglieder haben und weil das Abmelden wahrscheinlich nicht für alle ganz klar ist. Die Ratsmitglieder sind gebeten, bei Abstimmungen ein klar sichtbares Handzeichen zu machen. Sie erleichtern damit die Arbeit der Stimmzähler. Die Stimmzähler erheben sich zur Ausmittlung der Stimmzahlen. Die Hand muss so lange erhoben bleiben, bis sich die Stimmzähler wieder setzen. Die Redezeit ist für jede Wortmeldung eines Mitgliedes des Grossen Gemeinderates auf fünf Minuten beschränkt, aber drei reichen auch. Bitte haltet euch an die Redezeit. Auch der Gemeinderat wird gebeten seine Voten kurz zu halten. Wenn absehbar ist, dass eine Parlamentssitzung länger als zwei Stunden dauert, wird von der Präsidentin zwischen 20.30 und 21.00 Uhr einen Sitzungsunterbruch von zehn Minuten angeordnet. Der diesjährige Ratsausflug findet am Freitag, 11. September 2020, nachmittags statt. Geplant ist ein Besuch der Rega-Basis in Belp.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Der Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, dass er die Mitglieder des Grossen Gemeinderates zukünftig jeden vierten Monat mit einem Informationsschreiben über die laufenden Geschäfte bedienen will. Einerseits wollen wir die Mitglieder des GGR über die Geschäfte informieren, welche in der Vorbereitung sind und in absehbarer Zeit im GGR behandelt werden. Damit wollen wir erreichen, dass sich die Fraktionen frühzeitig und rechtzeitig auf die Geschäfte einstellen können und, dass allenfalls auch Vorabklärungen getroffen werden können, falls ein wichtiges Geschäft in den GGR kommt, wo uns ein grosses Anliegen ist. Wir wollen damit vermeiden, dass Fraktionen von Geschäften überrascht werden und danach innerhalb von kurzer Zeit eine Haltung dazu entwickeln müssen. Andererseits wollen wir auch über die früheren Geschäfte informieren. Also über Geschäfte, welche hier behandelt wurden. Damit ihr seht,

wie die weitere Umsetzung dieser Geschäfte verläuft. Wir reagieren mit dieser Massnahme gerne auf Rückmeldungen von Mitgliedern des Grossen Gemeinderates, welche solche Informationen vermisst haben. Wir hoffen, dass wir den grossen Gemeinderat noch besser in die Entwicklung unserer Gemeinde einbinden und mit der Arbeit des Gemeinderates vertraut machen können. Die erste Ausgabe von diesem Informationsschreiben wird euch Ende Februar per Mail zugestellt und die weiteren Ausgaben erhaltet Ihr Ende Juni und Ende Oktober.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Ich möchte euch über das Geschäft der Tagesschule informieren. Aufgrund der politischen Veränderungen respektive von der Akzeptanz des Standortes der Tagesschule ist es geplant, dass wir das Baubewilligungsverfahren einleiten möchten. Das heisst, dass die Unterlagen der zuständigen Bewilligungsbehörde dem Regierungsstatthalteramt einreicht werden. Aus diesem Grund werden wir nächste Woche oder falls möglich bereits diese Woche die Profile stellen. Die weiteren Geschäftsbehandlungen der Tagesschule sehen folgendermassen aus: Am 16. März wird das Geschäft im GGR für die Kreditbewilligung behandelt und ein weiterer grosser Schritt wäre im Mai die Volksabstimmung über die Tagesschule. Dies zur Information über den weiteren Verlauf des Projektes.

Lädach Markus, Departementsvorsteher Finanzen: Der Grosse Gemeinderat hat an der Sitzung vom 9. Dezember die Motion von der SP und den Grünen zum Thema aktive und nachhaltige Boden- und Wohnbaupolitik als erheblich erklärt. Es ist gleichzeitig ein Thema von den Legislaturzielen der Finanzen und diese Legislatur dauert bekanntlich bis Ende 2020. Das bedeutet, dass wir vorwärts machen müssen. Wir möchten eine nichtständige Kommission ins Leben rufen, welche sich mit diesem Thema befasst und anschliessend einen Vorschlag ins Parlament bringt. Wir haben ein Schreiben an die Fraktionspräsidenten verschickt, damit Kandidaten für die nichtständige Kommission bis am 2. März gemeldet werden können. Ich wäre sehr froh, wenn wir diese Kandidaten schnell erhalten, sodass wir diese im Idealfall am 9. März im Gemeinderat bestimmen können. Damit wir ziemlich schnell mit der Terminabklärung sowie mit der Vorbereitung des Geschäfts starten können. Also bitte meldet uns die entsprechenden Kandidaten, damit wir vorwärts machen können.

Jorio Marco, GLP: Ihr habt sicher in der Worber Post gelesen, dass man letztes Jahr unter der geplanten Scheune von Hans Ulrich Steinmann überraschungsweise ein Dorf der mittleren Bronzezeit gefunden hat. Es ist von 1'500 v. Chr. d.h. es ist 3'500 Jahre alt und jetzt läuft eine sehr grosse Ausgrabung. Dies ist die zweitgrösste Ausgrabung, welche jemals in unserer Gemeinde durchgeführt wurde. Die grösste Ausgrabung war die römische Villa. Die IG Worber Geschichte möchte dies zum Anlass nehmen um einen Tag der offenen Grabung mit dem archäologischen Dienst vom Kanton Bern zu organisieren. Alle sind herzlich dazu eingeladen. Der Tag der offenen Grabung findet am 14. Februar statt und man kann während 5 Stunden die Ausgrabung besichtigen. Sie zeigen, was sie gefunden haben und etwas lustiges, sie machen auch eine Showgrabung.

Protokoll der Sitzung vom 9. Dezember 2019: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 393	03.02.2020	3	2017/21-237	144	12/0/0

Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt die Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

Geschäftsprüfungskommission: Ersatzwahl

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 393	03.02.2020	4	2017/21-238	468	10/1/2

Ratspräsidentin Büchel-Wampfler Sandra: Die Ersatzwahlen sind erforderlich, weil Marius Gränicher und Hansjörg Gosteli als Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission zurückgetreten sind. Es gibt keine Eintrittsdebatte, weil der Rat gemäss Gemeindeverfassung zur Behandlung verpflichtet ist. Es liegen die folgenden

schriftlichen Wahlvorschläge vor: Schweizer Hans Peter (FDP) und Bircher Andreas (SP). Werden diese Wahlvorschläge vermehrt? Wenn dies nicht der Fall ist, erkläre ich in Anwendung von Art. 68 von der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates als in Stiller Wahl gewählt: Schweizer Hans Peter (FDP) und Bricher Andreas (SP). Ich danke euch.

Geschäftsprüfungskommission; Wahl von Präsident/in für das Jahr 2020

Sitzung Nr. 393	Datum 03.02.2020	Traktandum 5	Beschlussnummer 2017/21-239	Geschäftsnummer 468	Archivnummer 10/1/2
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	------------------------	------------------------

Ratspräsidentin Büchel-Wampfler Sandra: Die Wahl von einem neuen Präsidenten für das Jahr 2020 ist erforderlich, weil Marius Gränicher aus der Geschäftsprüfungskommission zurückgetreten ist. Es gibt keine Eintrittsdebatte, weil der Rat gemäss Gemeindeverfassung zur Behandlung verpflichtet ist. Es liegt ein schriftliche Wahlvorschlag lautend auf Bircher Andreas (SP) vor. Wird dieser Wahlvorschlag vermehrt? Wenn dies nicht der Fall ist, erkläre ich in Anwendung von Art. 68 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates Bircher Andreas (SP) als in stiller Wahl gewählt. Besten Dank Andreas. Als kleiner Hinweis: Das Vizepräsidium der Geschäftsprüfungskommission wird an der nächsten GGR-Sitzung gewählt. Dieses Amt kann nicht besetzt werden, da es nicht offiziell traktandiert wurde.

"Effizienter Einsatz von Personalressourcen; Investitionsstau - und kein Ende", Postulat der FDP- und BDP/GLP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung Nr. 393	Datum 03.02.2020	Traktandum 6	Beschlussnummer 2017/21-240	Geschäftsnummer 32351	Archivnummer 13/10
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	--------------------------	-----------------------

Detailberatung

Rothenbühler Marc, FDP: Die Liberale Fraktion bedankt sich bei allen Mitarbeitenden der Verwaltung, insbesondere auch bei denjenigen der Bauverwaltung für ihren wertvollen Einsatz in einem oft hektischen und anspruchsvollen Umfeld. Die Aufgaben und die Legitimation von diesem Parlament, ich danke der Präsidentin für diesen Steilpass, bestehen unter anderem darin, Budgetfragen abschliessend zu klären, der Regierung Aufträge zu erteilen oder Sachverhalte zu verifizieren. Dieses Parlament ist demokratisch gewählt und übernimmt im Interesse des Volkes nicht zuletzt die Kontrolle der Regierung. Die FDP, die BDP sowie die Grünliberalen haben in ihrem Postulat vom 14. Oktober 2019 die früheren Vorstösse zu gleichem Thema erwähnt und festgestellt, dass diese keine befriedigenden Antworten ergaben. Da nützt ein reines Rezyklieren von Prosa wenig und der unterschwellige Vorwurf an das Parlament, dass die zeitnahe Umsetzung von Projekten nicht aufgrund des Ressourcenmanagements, sondern häufig durch politische Prozesse verunmöglicht oder erschwert wird, doch eher befremdend. Ich zitiere aus der Stellungnahme der Regierung vom 16. September 2019: Die Abläufe und die Zusammenarbeit in der Bauabteilung funktionieren überwiegend gut. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind grossmehrheitlich zufrieden. Es herrsche grosse terminliche Unsicherheit. Die Erhöhung der Ressourcen entfaltet ihre Wirkung noch nicht vollumfänglich. Aktuell - also vor vier Monaten - sollten wichtige Grundlagen geschaffen worden sein, damit es eben zu keinem Investitionsstau komme. Die Regierung hat vor vier Monaten deshalb keinen Anpassungsbedarf gesehen. In der Stellungnahme vom 13. Januar 2020 zur Frage nach der Erheblicherklärung ist man sich zwar bewusst, dass einzelne Projekte nicht optimal abgelaufen seien und dass man die richtigen Schlüsse ziehen müsse. Anpassungsbedarf ist jedoch laut der Regierung auch heute nicht auszumachen. Nur zu was sollen dann die richtigen Schlüsse und neue Grundlagen führen, wenn nicht zu Anpassungen? Immerhin sind rund fünf Vollzeitstellen mit Investitionsprojekten vertraut. Auch nach dem dritten Vorstoss wissen wir weder, was genau nicht optimal abgelaufen ist, noch was die konkreten Massnahmen und Konsequenzen sind. Wird weiterhin so oberflächlich kommuniziert, ist es nicht verwunderlich, dass auch aktuelle und künftige Investitionsprojekte kritisch hinterfragt werden. Es ist eben eine dieser Aufgaben des Parlaments. Da führen auch Wutausbrüche von der Regierung gegenüber uns Parlamentarier zu wenig Vertrauen. Die ASK zu bemühen ist nicht notwendig, wenn das Parlament die

nötigen Antworten erhält. Zudem führen genau solche Überprüfungen in der Tat zu unnötigem Verwaltungsaufwand und zu unerwünschten Verzögerungen, bei sonst schon knappen Ressourcen. Die BDP, die FDP sowie die Grünliberalen haben ihre Fragen klar formuliert. Sie bleiben einmal mehr unbeantwortet. Die liberale Fraktion nimmt ihren Volksauftrag ernst, wird dran bleiben und ist klar der Auffassung, dass das Postulat als erheblich erklärt werden muss.

Wenger Claude, SP+Grüne: Die Fraktion SP+Grüne schliesst sich der Argumentation des Gemeinderates an. Wir finden auch, die Bauabteilung macht ihre Sachen gut und nutzt ihre Ressourcen auch gut. Eine Neubewertung von diesem Ressourceneinsatz würde sie zusätzlich unnötig belasten. Daher sind wir für die Ablehnung dieser Erheblicherklärung.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Vorab ein Dank an den Sprecher der FDP für den Anfang und die gute Rückmeldung bezüglich der Arbeit von der Bauabteilung. Du hast auch erwähnt, dass es mehrere ähnliche oder gleiche Vorstösse zum Themenbereich Investitionsstau auf der einen Seite und Personalressourcen auf der anderen Seite gegeben hat. Der Gemeinderat hat in den Stellungnahmen alle Fragen im Detail beantwortet. Nach unserem Dafürhalten so wie es ist. Es ist selbstverständlich dem Gemeinderat und den Abteilungsleitenden ein grosses Anliegen, nicht zuletzt aus Kostengründen einerseits mit knappen Personalressourcen zu arbeiten und über die Runden zu kommen und andererseits die knappen Personalressourcen effizient einzusetzen. Aus diesem Grund werden die bestehenden Strukturen und Abläufe auch regelmässig überprüft. Wir ziehen zum Teil auch externe Fachpersonen bei und finden dann auch heraus, wie wir unterwegs sein müssen. Der Gemeinderat sieht deshalb aktuell keinen Anpassungsbedarf bei der Organisation oder bei den personellen Ressourcen. Du hast dies schon so richtig gesagt. Wir beantragen daher, dass das Postulat nicht erheblich erklärt wird. Wir haben durchaus Verständnis für das Anliegen. Wir empfehlen deshalb, dass ein Dritter hinschaut. Dies wäre die ASK, dass sie im Rahmen ihrer Kontrolltätigkeit die Organisation der Bauabteilung und den Einsatz der Personalressourcen überprüft und dann eine eigene Beurteilung zuhanden des GGR vornimmt. Das Fragen/Antwort-Spiel bringt aus unserer Sicht nichts mehr. Jetzt soll die ASK hinschauen und eine Beurteilung der Situation vornehmen.

Beschluss:

Das Postulat der FDP- und BDP/GLP-Fraktion mit dem Titel „Effizienter Einsatz von Personalressourcen; Investitionsstau – und kein Ende“ wird mit 25 zu 11 Stimmen als nicht erheblich erklärt.

"Standort Tagesschule und Freiräume in Worb gesamtheitlich planen", überparteiliche Motion der SP+Grüne- und FDP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 393	03.02.2020	7	2017/21-241	32503	32/2/10

Detailberatung

Suter Michael, FDP: Dieser parlamentarische Vorstoss, welchen die Motionäre hier eingereicht haben, hatte zwei Ziele. Erstens wollten wir zusätzliche Informationen, bevor das Geschäft Tagesschule ins Parlament kommt und uns pfannenfertig unterbreitet wird, so dass wir darüber beraten können, ob die Tagesschule am richtigen Standort ist. Zweitens sind wir dann in der Beratung darauf gestossen, dass man vielleicht in unserer Gemeinde nicht doch eine etwas zusammenhängende Freiraumplanung angehen sollte. Diese zwei Ziele haben wir von Beginn an verfolgt. Gleichzeitig ist es uns jedoch ein Anliegen, sowohl von der liberalen Fraktion wie auch von der Fraktion SP+Grüne, dass wir nicht grundsätzlich gegen die Tagesschule sind. Haben wir jetzt die Ziele schon erreicht? Es wurde eine Arbeitsgruppe zum Thema Familienspielplatz eingesetzt. Dort waren zuerst nur Vertreter von einer sehr engen Gruppe dabei. Die Arbeitsgruppe wurde auf Einladung des Gemeinderates und auf unsere Motion hin bereits aufgemacht. Es können nun diverse Vertreter von allen politischen Fraktionen dort teilnehmen. Zweitens bekamen wir zusätzliche Unterlagen zum Geschäft Tagesschule geliefert. Die Unterlagen befriedigen noch nicht in allen Details. Insbesondere wird zu wenig darauf eingegangen, ob der Standort rund um das Dorfschulhaus tatsächlich richtig ist. Es wird auch zu wenig auf bisher gestellte parlamentarische Vorstösse eingegangen, welche Synergien zwischen Tagesschule und dem Wislepark nutzen

möchten. Aber dies kann man ja noch nachliefern. Wir haben es gehört, Bruno, das Geschäft kommt bereits in der März-Sitzung wieder ins Parlament. Schlussendlich haben wir auch noch etwas Wirbel ausgelöst. Ich gehe dann später noch darauf ein. Nochmals zurück zur Arbeitsgruppe Kinderspielplatz. Dort sind wir wirklich froh, dass der Gemeinderat jetzt reagiert und man das Thema wirklich vertieft angehen möchte. Wir sind gespannt, wie die Arbeitsgruppe ihren Job macht. Ob es deswegen gerade eine parlamentarische Arbeitsgruppe benötigt und man das Ganze in die Freiraumplanung integrieren möchte, da bestehen im Moment noch Differenzen zwischen dem GGR und dem Gemeinderat. Die zusätzlichen Unterlagen, welche wir erhalten haben und die Gespräche, welche geführt wurden, verdanke ich explizit. Wie ich bereits gesagt habe, die weitere Umgebung wird sicher noch da oder dort ein Thema sein. Dies ist wichtig für euch von der Regierung, dass ihr dies zur Kenntnis nehmt, dass dort Vorbehalte bestehen. Ich kann euch nur empfehlen, dass ihr auf diese eingeht. Aber nochmals, weder unsere Fraktion noch die Fraktion SP+Grüne sind grundsätzlich gegen die Tagesschule. Daher mein Appell und dies begrüße ich sehr, das Baugesuch einreichen, ein möglichst konkretes Projekt und eine detaillierte Botschaft präsentieren. Zum angetönten Wirbel: Ja, es hat Reaktionen gegeben und da kann ich nur auf das einleitende Votum der Präsidentin verweisen. Es ist eben unsere Rolle als Parlament, die Regierung zu kontrollieren. Diese Rolle nehmen wir sehr ernst. Jetzt zum Vorstoss über welchen wir hier heute Abend beschliessen sollten. Wir, Motionäre, müssen uns hier vielleicht vorwerfen lassen, dass sie jetzt etwas schräg in der Landschaft steht. Ihr habt alle die E-Mail des Gemeinbeschreibers erhalten und dort steht drin, auf der einen Seite fordern wir die Einsetzung einer nichtständigen Kommission in der Zuständigkeit des Büros GGR, auf der anderen Seite will man daraus einen Prüfauftrag für die Regierung machen. Wir können jetzt hier hin und her diskutieren, was das klügste ist, aber eigentlich nach dem, was ich gesagt habe, haben wir ganz viele Teilziele bereits erreicht. Nämlich ihr macht euch viele Gedanken, die Geschäfte werden wieder kommen und daher braucht es die Motion heute in dieser Form gar nicht mehr. Wir bleiben viel mehr dran und nehmen den Gemeinderat beim Wort und ziehen daher das Instrument heute Abend so zurück.

Feststellung:

Die Motionäre ziehen die Motion zurück.

"Worb als Energiestadt ruft den Klimanotstand aus", Motion der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 393	03.02.2020	8	2017/21-242	32350	35/60

Detailberatung

Marthaler Matthias, SP+Grüne: Die Motion zur Ausrufung des Klimanotstandes sei lediglich ein symbolischer Akt mit kaum Auswirkungen. Der Akt an sich sei nur ein Zeichen an die Bevölkerung. Zudem wird klar verdeutlicht, wie viel uns dieses Zeichen kosten würde. Und genau da fallen mir die Parallelen zu einem anderen wichtigen Symbol ein. Am Anfang von meiner politischen Tätigkeit durfte ich den Entscheidungsprozess von unserem Gemeindegelogo begleiten. Auf meine Frage nach dem Nutzen unserer Ausgaben, der Verpflichtung von Experten und unterschiedlichsten anderer Aufwände, erklärte mir damals ein Vertreter des Gemeinderates, dass dieses Symbol identitätsstiftend und ein wichtiges Zeichen für die Bevölkerung sei. Somit wäre also klar, Zeichen sind also doch wichtig. Die Ausrufung des Klimanotstandes wäre ein Signal gewesen, dass wir die Herausforderung der Gegenwart und der zukünftigen Generationen verstanden haben und bereit sind zu handeln. Wir stocken in der Bauabteilung und auch für die Betreuungsgutschriften Stellenprozente auf, aber beim Thema Klimanotstand, welches alle angeht, ist es uns die Mühe nicht wert. „Wir haben die Welt nur von unseren Kindern geborgt“, hat der österreichische Zoologe und Mediziner Konrad Lorenz gesagt. Als Vater bin ich mir diesen Umstand nur zu gut bewusst. Deshalb steht für mich und für die Fraktion SP+Grüne die Enkeltauglichkeit von dem, was wir hier im Parlament aushandeln und entscheiden ziemlich im Fokus. Die Fraktion SP+Grüne nimmt zur Kenntnis, dass Worb über ein Energieleitbild verfügt, ein Energierichtplan mit behördenverbindlichen Massnahmen festgelegt hat, mit dem Baureglement auf die Energieanforderungen bei Neubauten einwirkt und mit ihren Beschaffungsrichtlinien ab 2020 die Nachhaltigkeit fördern will. Wir werden den Gemeinderat dahingehend unterstützen, dass diese formulierten Ansätze nicht zu Papiertiger einschrumpfen. Persönlich ein wenig zähneknirschend gebe ich euch bekannt, dass die Fraktion SP+Grüne befürwortet,

dass die Motion „Worb als Energiestadt ruft den Klimanotstand aus“ in ein Postulat umgewandelt wird. Wir empfehlen dieses als erheblich zu erklären.

Marchand Andy, FDP: Die Fraktion FDP.Die Liberalen dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Antwort auf die eingereichte Motion und sieht zurzeit punkto Ausrufung des Klimanotstandes innerhalb der Gemeinde Worb keinen Handlungsbedarf. Ganz im Gegenteil würden wir viel eher konkrete Massnahmen, die im Rahmen der Möglichkeiten einer Gemeinde liegen, begrüssen und unterstützen. Es müsste etwas konkreter sein. Die Ausrufung eines Klimanotstandes, die, wie die Motionäre selbst erwähnen, nur symbolischen Charakter hat, erachten wir als zu wenig konkret. Die Fraktion FDP.Die Liberalen spricht sich daher dafür aus, die Motion oder allenfalls das Postulat als nicht erheblich zu erklären.

Zwyer Lukas, BDP/GLP: Die BDP/GLP-Fraktion war schon immer für einen griffigen Umweltschutz. Wir haben diesbezüglich auch sämtliche Vorlagen wie zuletzt den unverfüllten Kunstrasen unterstützt. Was uns die SP+Grüne-Fraktion vorlegt, ist unseres Erachtens reine Symbolpolitik. Zudem lehnen wir die Behauptung der Motionäre, dass die Gemeinde endlich etwas unternehmen soll, ab. Wir sind seit längerem eine Energiestadt und haben strengere Bauvorschriften als vom Kanton vorgegeben. Worb gehört hier zu den Pionieren. Zudem kann Worb die globale Erwärmung nicht auf unter 1.5 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit begrenzen, wie es in der Motion unter Anderem gefordert wird. Wir können auch nur unseren Teil beitragen. Wir ziehen konkrete Massnahmen vor. Zum Beispiel könnte man fordern, alle Schulhäuser mit Solaranlagen auszustatten und die Fernwärme zu forcieren. Daher unterstützen wir die Umwandlung der Motion in ein Postulat, das erheblich erklärt wird.

Fivian Bruno, SVP: Klimahysterie ist das Unwort des Jahres 2020. Ich habe einmal gegooglet, was Notstand genau bedeutet. Folgendes ist dabei rausgekommen: In demokratischen Ländern bedeutet der Notstand in der Regel die Verkürzung des Rechtsschutzes gegen hoheitliche Massnahmen sowie Zurückdrängung von in längerer Zeit in Anspruch nehmenden behördlichen oder legislativen Verfahren. Dies benötigt in meinen Augen keine weiteren Erklärungen. Der Notstand und seine Rechtserlasse hätte trotz eurer beschwichtigender Aussage, dass dieser Notstand nur symbolischen Charakter haben soll, Konsequenzen. Ich nehme mir einmal das Thema heraus, wo auf eurer Agenda im Moment am meisten Publicity hat. Die Elektromobilität. Hier einmal ein paar Fakten, welche zeigen, wie absurd das Ganze ist. Wenn ein Auto produziert wird, werden Rohstoffe verbraucht. Dies sind hauptsächlich Kunststoffe, Basismetalle und wenig Edelmetalle. Der Abbau und die Verarbeitung von diesen Metallen verursachen CO2. Pro produziertem Auto etwa acht Tonnen. Dies ist beim Elektro und Fossil bis auf den Akku vom Elektro etwa gleich. Da rechne ich euch jetzt einmal vor, wie es bei diesem aussieht. Die Produktion von einem Teslaakku verursacht etwa 15 Tonnen CO2. Mit zehn Jahren Laufzeit und einer Reichweite von 150'000 Kilometer gibt dies einen CO2-Ausstoss von ca. 100 Gramm pro gefahrenen Kilometer. Der CO2-Ausstoss der Stromproduktion des durchschnittlichen europäischen Strommixes verursacht auch noch ca. 83 Gramm. Ergebnis 156 Gramm pro gefahrenen Kilometer. Ein vergleichbarer Mercedes-Diesel 120D stösst 117 Gramm aus, die Dieselproduktion vom Bohrloch bis in den Tank 24 Gramm, gibt 147 Gramm. Zur Produktion kommt für die Elektroautobeführer noch eine soziale Rechnung dazu. Der Lithiumabbau in Südamerika verursacht bereits jetzt Umweltschäden in einem katastrophalen Ausmass. Die Lithiumproduktion braucht unvorstellbare Mengen an Wasser. Dies wird auf der Altiplano-Hochebene aus Grundwasserseen abgepumpt. Im grossen Umkreis vertrocknen Quellen und den Bauern vertrocknet die Ernte, weil sie nicht mehr bewässern können. Dann noch ein weiteres Edelmetall für die Akkuproduktion. Da müsst ihr jetzt gut zuhören. Kobalt. 95 Prozent der globalen Jahresproduktion werden in der Volksrepublik Kongo in Afrika abgebaut. Dieser Abbau ist fast klimaneutral. Wisst ihr warum? Es ist extrem traurig und ich kann es fast nicht sagen, aber ihr müsst dies jetzt einfach hören. Es wird mehrheitlich von Kindern mit den blossen Händen aus dem Boden gekratzt. Also wenn ihr die Konzernverantwortungsinitiative unterstützt, dann müsst ihr mit diesem Wissen konsequenterweise auch die Elektromobilität ablehnen. Noch ein Zitat von einem Deutschen Autokonzernchef: Wir entwickeln nur Elektroautos, weil die EU dafür üppige Subventionen bezahlt. In ökonomischer Hinsicht wäre die Entwicklung völlig unrentabel, da viel zu wenig Nachfrage. Jetzt nach all dem noch der Gipfel, in der EU sind die Emissionswerte der Elektroautos mit 0,0 Gramm pro Kilometer aufgelistet. Dies nur damit die Autokonzerne mehr Elektroautos bauen, damit sie den Flottendurchschnitt senken können. Dies ist doch absurd. Ihr dürft uns nicht falsch verstehen. Wir sind nicht per se gegen den Umweltschutz. Sinnvolle und bezahlbare Projekte unterstützen wir immer. Aber unter all diesen Umständen und es gäbe noch einen Haufen mehr solcher Fakten, einen Klimanotstand aufzurufen, kommt für uns nicht in Frage.

Cavargna Tiziano, SP+Grüne: Bruno, du darfst uns nicht belehren. Du darfst deine Meinung sagen, dies finde ich in Ordnung. Aber du hast nicht 100 Prozent Recht und wir haben auch nicht 100 Prozent Recht. Der Gemeinderat darf nicht Meinungen von der Bevölkerung ignorieren oder beiseite schieben. Man hat das Anliegen eines Familienspielplatzes trotz 800 Unterschriften jahrelang in die Schublade gesteckt. Man hat den Vorstoss betreffend der Begegnungszone auch etwas zurückgestellt. Ich fühle mich als Bürger nicht ganz ernst genommen, weil das Anliegen jahrelang nicht berücksichtigt wurde. Jetzt bei der Klimafrage ist es auch so. Wie viele Schüler, Jugendliche und auch ältere Leute machen sich Gedanken. Die Thematik und die Konsequenzen sind da. Es ist nicht einfach eine Lösung zu finden. Aber es sollte uns bewusst sein, dass es legitim wäre, den Notstand auszurufen. Ich fände es sehr schade, wenn die Gemeinde nur auf materialistische Sachen schaut, dass zum Beispiel die Gebäude schön saniert sind und dass wir kein Defizit in den Finanzen haben und keine Werte des Zusammenlebens vor sich hat mit den Bedürfnissen der Schwächeren.

Federer Guido, SP+Grüne: Ich möchte die Ausführungen zum Notstand doch noch in ein etwas anderes Licht rücken und sagen, was gemäss Wikipedia der Klimanotstand ist. Die Erklärung des Klimanotstands ist ein Beschluss von Parlamenten oder Verwaltungen, mit dem diese erklären, dass der Wandel des Klimas einer Krise entspricht und dass die bisher ergriffenen Maßnahmen nicht ausreichen, um diese befriedigend zu begrenzen. Es ist also nicht etwas von Krieg oder etwas, dass sich ausserhalb des Gesetzes bewegt. Wir haben im Moment 45 Millionen Tonnen CO₂-Immissionen in der Schweiz. Der Bundesrat hat beschlossen 2050 Netto-Null zu haben. Dies heisst, wir emittieren netto keine Emissionen. Es gibt gewisse Emissionen, welche man nicht vermeiden kann. Die Kühe rülpfen auch in Zukunft noch. Dies heisst, dort muss man negative Emissionen machen. Um dies zu erreichen und dies ist die Notwendigkeit für die 1,5 Grad, brauchen wir jede mögliche Massnahme. Es geht nicht, dass man sagt, diese Massnahme passt mir jetzt, diese mache ich und die andere mache ich nicht. Zur Elektromobilität, dies sehe ich, da gibt es durchaus negative Aspekte. Es gibt aber ganz viele andere Massnahmen, welche man vornehmen kann. Zum Beispiel Gebäude isolieren oder erneuerbare Energien. Erneuerbare Energien ist ein gutes Beispiel, wie sich etwas entwickeln kann. Das Bundesamt für Energie hat die ersten Bescheide für Photovoltaik, da haben wir 72 Rappen pro Kilowattstunde bezahlt. Nicht rentabel, weil weit weg. Heute sind wir bei der Netzbarkeit, dies will heissen, wenn ich meinen Strom selber produziere, bin ich billiger, als wenn ich diesen einkaufe. Da hat es einfach eine gewisse Förderung gebraucht, bis dies eine gewisse Quantität erreicht hat. So wird es bei anderen Technologien auch sein. Der Umweltschutz ist auch nicht wirtschaftsfeindlich. Man kann viel erreichen. Kutscher haben auch keine Freude gehabt, wo die Autos gekommen sind, aber heutzutage will auch niemand mehr zurück zur Kutsche. Man muss sich einfach auch fragen, was sich daraus entwickelt. Daher bitten wir euch, unserem Postulat zuzustimmen.

Hauser Adrian, Departementsvorsteher Umwelt: Unbestritten ist der Klimawandel eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit. Es wurde jetzt schon viel gesagt und ich denke, wir haben eine ausführliche Antwort auf die Motion geschrieben. Ich möchte aber doch noch auf den Satz aus der Motion zurückkommen, dass der Klima- und Umweltschutz auch in Worb endlich den ihm zustehenden Stellenwert bekommen soll. Schon immer hatte der Umweltschutz im Gemeinderat von Worb einen hohen Stellenwert. Wir haben es gehört, Worb hat ein Energieleitbild und einen Energierichtplan. Welche Gemeinde hat zudem ein Departement Umwelt, eine Umweltkommission, eine unbefristete Stelle Umwelt/Planung auf der Verwaltung, ein energiepolitisches Programm und seit diesem Jahr eine vom Gemeinderat beschlossene Beschaffungsrichtlinie für die Verwaltung und für die gemeindeeigenen Liegenschaften? Seit 2005 ist Worb Energiestadt. Energiestadt ist ein Label, welches wir alle vier Jahre rezertifizieren müssen. Jährlich finden Gespräche mit einem Energiestadt-Berater statt, welcher schaut, dass wir nicht nur Papiertiger haben, sondern dass wir auch Massnahmen umsetzen. In erster Linie ist dies ein Massnahmenkatalog. Der Energiestadt-katalog hilft dem Gemeinderat, die richtigen Akzente zu setzen. Ein paar Beispiele aus der Vergangenheit: Auf den drei grössten Schulhäusern Worboden, Wyden und Rüfenacht haben wir Solaranlagen gebaut. Gerade letzte Woche haben wir die Zahlen von Rüfenacht angeschaut. Dies ist die neuste und die grösste Anlage. Durch die Sommermonate 2019 mussten wir im Vergleich zu 2018 ohne Solaranlage rund die Hälfte Hochtarifstrom bei der BKW einkaufen. Als klar war, dass in Worb ein Wärmeverbund entsteht, hat der Gemeinderat beschlossen, die Schulhäuser Worboden, Sonhalde mit Feuerwehrmagazin und Werkhof, Wyden und Rüfenacht anzuschliessen. Dies werden immense Heizölsparnisse sein. Seit 2015 rüsteten wir die Strassenbeleuchtung auf LED um. 2013 und 2014, also vor dieser Zeit, haben wir 435 Megawattstunden verbraucht, im 2017 und 2018 nur noch 275 Megawattstunden. Es gab noch viele kleinere Massnahmen wie Energiespar-Wandbrausen im Schwimmbad Rüfenacht, das Carvelo, Bike

to Work, diverse Artikel in der Worber Post. Der Austausch mit anderen Energiestadt-Gemeinden hilft auch mit, die Ziele zu erreichen. Auch ganz erfolgreich waren die verschiedenen Anlässe, welche wir organisiert haben. Zum Beispiel die Umweltkommission mit ihrem Stand am Dorffest. Am Wirtschaftsapéro war das Thema PEIK, das ist die Energieberatung für KMU. Dies ist auch auf grosses Interesse gestossen. Für die privaten Liegenschaftsbesitzer haben wir einen Anlass energetisch modernisieren durchgeführt. Dort wurden wir überannt, die Aula im Wydenschulhaus war gestossen voll mit interessierten Bürgern. Dies waren jetzt einige Rückblicke, aber nicht alle, da wir einen Haufen haben. Unbestritten gilt es, dran zu bleiben, wenn wir unsere Klimaziele erreichen möchten. Gerade letzte Woche haben wir den Zuschlag vom BFE, Bundesamt für Energie, für die Förderung von Photovoltaikanlagen im privaten Bereich erhalten. In diversen Pilotgemeinden der Schweiz war dies ein grosser Erfolg. Ich bin gespannt, wie erfolgreich es in Worb sein wird. Eine grosse Herausforderung ist, dass sämtliche Massnahmen nicht nur umweltverträglich sondern auch sozial- und wirtschaftsverträglich sind. Denn nur so gelingt uns ein nachhaltiger Umweltschutz. Zum Beispiel Früsch vo Worb ist ein solch nachhaltiges Projekt der Gemeinde Worb. 80 Prozent der befragten jungen Klimaaktivisten gaben an, mit dem Einkauf von regionalen Produkten einen grossen Beitrag zum Klimawandel leisten zu wollen. Warum werden dann die lokalen Produzenten nicht überannt? Und der Verein sollte nur so von Mitgliedern platzen. Die Gemeinde Worb ist auf dem richtigen weg, muss aber konsequent dran bleiben und die Herausforderungen, die anstehen, anpacken und umsetzen. Der Gemeinderat verzichtet klar darauf, plakativ den Klimanotstand auszurufen, sondern setzt konkrete Massnahmen um. Deshalb nehmen wir die Motion gerne als Postulat engegen und empfehlen es als erheblich zu erklären.

Beschluss:

Die Motion der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel „Worb als Energiestadt ruft den Klimanotstand aus“ wird in ein Postulat umgewandelt und mit 19 zu 17 Stimmen als erheblich erklärt.

Sandra Büchel-Wampfler
Präsidentin

Jürg Bigler
Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung vom 16. März 2020

Jürg Bigler
Sekretär